

Mordanschlag auf Dutschke ein Notwehrakt gegen einen „Banditenführer“.

Wenn Springer-Zeitungen die Studenten nicht nur als Randalierer und Krawallmacher, sondern auch noch direkt als „Kriminelle“ bezeichnen, wie das dauernd geschieht, dann muß jeder selber gegen diese Kriminellen vorgehen, wenn die Staatsmacht sie nicht alle (ins KZ) einsperrt. Der Mordanschlag ist also nur die verständliche Beseitigung eines Kriminellen.

Wenn Springer-Zeitungen schreiben, man müsse die „Störenfriede ausmerzen“, so bleibt nur festzustellen, daß Bachmann nicht mehr getan hat, als dieser Aufforderung konsequent zu folgen.

„Der Arbeitgeber“ (Zeitschrift der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände) verstümmelt Rudi Dutschke schon vor dem Mordanschlag durch eine Fotomontage auf der Titelseite (Nr. 5, 1968).

Der Berliner CDU-Abgeordnete Wohlrabe kommandiert seit Jahren rechtsradikale Schlägerkommandos. Selbstverständlich hält er sich dabei immer etwas im Hintergrund, der Herr Abgeordnete schlägt nicht selbst. Wie zufällig — so sollte es wohl scheinen — war er auch in der Nähe der Schlägertruppe, die am 18. Februar in Berlin Teilnehmer der Vietnam-Demonstration verprügelte.

Vor derselben Demonstration hat der Berliner Inensenator Neubauer (SPD), wie aus zuverlässiger Quelle berichtet wird, gesagt, es käme beim Polizeieinsatz gegen die Demonstranten auf ein paar Tote nicht an. — Dann kommt es auf einen toten Dutschke erst recht nicht an.

Zur Vorbereitung der Polizeiaktion gegen die Vietnamdemonstration sagte der ehemalige Regierende Bürgermeister Albertz: „Ich bin in den 2. Juni hineingerutscht. Aber Neubauer (Berliner Innen- und Polizeisenator) ist so verrückt, daß er eine Reproduktion des 2. Juni anstrebt.“

Die ohne jede Gewaltanwendung sehr diszipliniert verlaufende Demonstration am 18. Februar in Berlin wurde gestört und provoziert von ungefähr 300 Gegendemonstranten, die nach Meldung des Berliner Polizeifunks mit Schlagstöcken bewaffnet waren. Diese Schlägertruppe (von der Springer-Presse als friedliche Gegendemonstration gefeiert und auf 1000 hochgejubelt) zog abends vor das Schöneber-

der arbeitsgeber

Zeitschrift der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

Heft DM 2.- 20. Jahrgang 5. März 1968

F 1347 D

5

1968

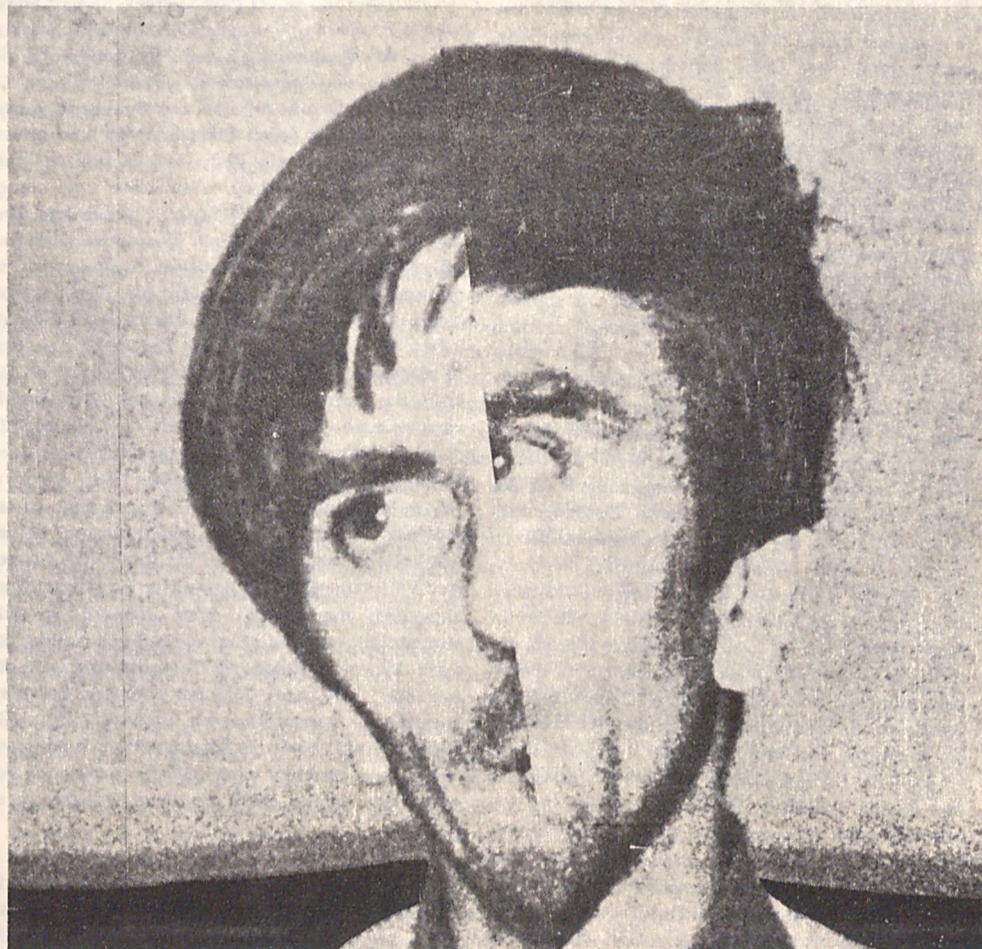


Bild schießt scharf

Auf den ersten Blick erscheint es unverständlich: was hat der Attentäter Bachmann mit dem Springerkonzern zu tun? Warum geht die politische Reaktion der linken Studenten, Schüler und jungen Arbeiter gegen Springer?

Wenn es in den letzten Tagen hieß: Springer-Mörder oder: BILD schießt scharf, dann ist das natürlich eine agitatorische Verkürzung. Ebenso wie der Ruf: Johnson-Mörder als Protest gegen den amerikanischen Imperialismus in Vietnam.

Nicht Springer selbst hat den Mordanschlag ausgeführt. Aber der Springerkonzern und die politischen Führungen in Berlin und in der Bundesrepublik haben den Mordanschlag möglich gemacht. Sie haben das Klima geschaffen, in dem ein Mordanschlag auf Rudi Dutschke nur als eine ehrenwerte Beseitigung eines kriminellen Terroristenführers gelten kann. Ein Klima, in dem jede Gewalttat gegen linke Opposition auf Verständnis stößt. Springer hat das Bild des Untermenschen geschaffen, des bärtigen, keulenbewaffneten Oppositionellen, der nur auf Gewalt und Terror gegen die friedliche Bevölkerung aus ist.

Gestützt auf seine wirtschaftliche Macht hat er eine Hetze angeführt, deren Erfolg in Berlin ständige Bedrohung all derer ist, denen man laut Schütz nur ins Gesicht zu sehen braucht, um zu wissen, wer sie sind. Dutzende von Körperverletzungen kommen in Berlin auf das Konto systematisch aufgehetzter und auf Gewalt gedillter Springerleser.

Bachmann hat nichts weiter getan, als das Urteil der Springerpresse an Dutschke auszuführen: „Störenfriede ausmerzen!“

Die Aktionen gegen die Springerdruckereien sollten nur eines der Zentren der Gewalttätigkeit treffen, die Umschlagstelle, auf der Unzufriedenheit mit dieser Gesellschaft in Aggressivität gegen Minderheiten umgesetzt wird. Bachmann hat auch die Springerpresse objektiv vor Dutschke und den „Kommunisten“ „schützen“ wollen. In den Großeinsätzen der Polizei wurde deutlich, wo die wahren Bachmänner sitzen, und wen sie schützen: Springers Gewalttätze.

Mordanschlag auf Rudi Dutschke Warum verhindern wir die Auslieferung der Springer-Zeitungen

Die Grosse Koalition

Springer—Konzern

Es geht schließlich nicht um die politische Meinung einiger Studenten. Vielmehr haben wir es hier mit Radikalinskis zu tun, die sich zur Aufgabe gesetzt haben, einen studentischen Mob zu organisieren. Ihre Methode heißt Terror, und ihr Ziel ist — so lächerlich das auch klingt — Umsturz der bestehenden Verhältnisse.

BZ, 9.1.67

Sturm auf die Pressefreiheit!

BILD am Sonntag, 14.4.68

Dutschkes Anhänger jedoch rufen auch jetzt, da er das Opfer des von ihm gepredigten Hasses wurde, nach Gewalt.

BILD, 13.4.68

Seinen Freunden aber scheinen die drei Kugeln, die ihn trafen, nur willkommener Anlaß für neue Haß- und Gewaltakte zu sein.

BILD, 13.4.68

BILD besuchte Josef Bachmanns Mutter in Peine. Bild sah sich im Zimmer des Attentäters um. . .

BILD, 12.4.68

Wir verlangen nur unseren Anteil an den Maschinen.

Axel C. Springer

Terror der Mitte

Ob nun die Politiker mit dem Zorn des Volkes drohen, dem bald der Kragen platzen wird, oder mit dem Rechtsradikalismus: sie malen Gespenster an die Wand, um die außerparlamentarische Opposition einzuschüchtern.

Gleichzeitig benutzen sie auch wirkliche unorganisierte Gewalttätigkeit aus der Bevölkerung, um die Opposition zu entmutigen. So drohte die FAZ nach dem Attentat auf Dutschke, es möge als „Warnung“ dienen. Ganz offen billigen diejenigen den vereinzelt rechtsradikalen Terror, die sagen: Wer Gewalt sät, wird Gewalt ernten. Dutschke soll wie damals Ohnesorg selbst schuld sein, daß auf ihn ein Mordanschlag verübt wurde.

Auch die Weimarer Republik und ihr Ende im Faschismus wird als Gespenst zur Einschüchterung herangezogen. Hans Schuster schrieb in der Süddeutschen Zeitung: „Am Ende würde der Diktator stehen, der sich auf Ruhe, Ordnung und Sauberkeit beruft.“

Aber heute brauchen die herrschenden Parteien keinen Diktator, um Ruhe und Ordnung zu garantieren. Das tun sie selbst. Die Mitte hat sich heute um die SPD und die NPD verstärkt, sie hat ihre Presse und ihren Polizeiapparat. Und weil sie selber die Gewalttätigkeit des Faschismus soweit nötig verkörpert, hat sie auch den organisierten Rechtsradikalismus überflüssig gemacht.

Trotzdem wird der Mordanschlag auf Dutschke noch in den überholten Begriffen von Rechts- und Linksradikalismus interpretiert. „Der fanatische linksradikale Dutschke wurde das Opfer eines halbirren Rechtsradikalen.“ (BILD); ganz so als gäbe es eine Eigendynamik der radikalen Aktionen außerhalb der bestehenden Institutionen.

Aber schon 1933 hat das nicht gestimmt, denn das Großbürgertum unterstützte den Faschismus, um seine soziale Herrschaft zu stabilisieren. Heute sind die vereinzelt rechtsradikalen Gewalttaten noch viel unmittlbarer Produkt und Mittel der politischen Führung des Bürgertums. Bachmanns Mordanschlag ist ebenso wie die Gewalttätigkeiten Berliner Bürger nicht denkbar ohne die systematische Hetze der Springerpresse und der herrschenden Parteien. Gegenüber diesem vereinzelt Terror aber ist der Terror der Gerichte und der Polizei systematisch.

Deutlich sah man bei den Aktionen zur Verhinderung der Auslieferung der Springererzeugnisse, daß sich die Polizei nicht darauf beschränkte, die angegriffenen Objekte wie das Springerhochhaus und Springerdruckereien zu schützen. Immer hatte sie es auf physischen Terror gegen die Demonstranten abgesehen, auf gezielte Prügel. Blind schlugen die Polizisten auf alles, was sich regte. Sie hatten es im Gegensatz zu Bachmann nur auf leichte bis schwere Verletzungen abgesehen, nur auf „Blut und Tränen“, wie Kiesinger es verhiess. Abschreckung durch gezielten physischen Terror: das ist das politische Programm der Polizei.

Nur noch mit Mühe kann sich der Terror der Mitte dadurch rechtfertigen, daß man die außerparlamentarische Opposition selbst als Terroristen und gewalttätige Bombenwerfer hinstellt. Doch überall hat man in diesen Tagen beobachten können, falls es noch eines Beweises bedurft hätte, daß die Gewalt der Demonstranten sich nicht unmittelbar gegen Menschen richtete, nicht auf gezielten physischen Terror aus war, sondern gerade auf die Störung eines Teils der Maschinerie, die täglich zur Gewalt aufruft, nämlich der Springerpresse.

BILD—Leser-Parlament

Die Unruhe erstreckt sich aber nicht auf die Bevölkerung der Bundesrepublik. . . sie ist beschränkt auf ganz bestimmte Herde in den Hochschulen. . . Die revolutionäre Strategie richtet sich zunächst gegen einzelne Persönlichkeiten und Einrichtungen. Gemeint ist aber, daran besteht kein Zweifel, der gesamte Wohlfahrtsstaat.

Bundeskanzler Kiesinger, 12.4.68

Wer . . . Zeitungshäuser, die praktisch die Meinungsfreiheit verkörpern, zu stürmen versucht, ist diskussionsunfähig.

R. Rehs, Präsident des Bundes der Vertriebenen, SPD, 13.4.68

Der Sozialistische Deutsche Studentenbund hat Wind gesät und Sturm geerntet. Er ist selbst für jenes Klima verantwortlich, das die Untat an Dutschke erst hat möglich werden lassen.

CDU-Bundestagsabgeordneter Lothar Haase (Kassel), 13.4.68

Aber es ist klar, daß die militant-revolutionäre Gruppe daraus Kapital zu schlagen versucht.

Bundeskanzler Kiesinger, 12.4.68

Die „Bild“-Zeitung hat entscheidend dazu beigetragen, den Familiensinn in Deutschland zu fördern. Dr. Bruno Heck, Familienminister, zitiert nach Spiegel, Nr. 4/68

Axel Springers Presse vertritt die Dinge, für die wir alle eintreten.

Helmut Lemke, Ministerpräsident von Schleswig-Holstein

Die Herrschenden brauchen keinen Hitler, keinen offenen Faschismus, auch keine NPD — Sie brauchen Konzerne wie Springer

Durchnäßt von Wasserwerfern, heiser von nächtelangen Brüllen: Gesichter wie man sie in diesen Tagen in fast allen deutschen Großstädten sah.

BILD am Sonntag, 14.4.68

Sollten sich bei weiterer Entwicklung die polizeilichen Mittel als nicht ausreichend erweisen, könnte eine Situation entstehen, in der die freiheitlich gesinnte Bevölkerung zum Schutz der verfassungsmäßigen Ordnung aufgerufen werden muß.

Bundesinnenminister Benda

Interview mit Welt am Sonntag, 14.4.68

Otto Brenner

Der erste Vorsitzende der IG Metall, Otto Brenner, hat in Frankfurt seinen Abscheu vor dem Mordanschlag auf Rudi Dutschke und seine Sorge über die Folgen zum Ausdruck gebracht. Die Schuld daran treffe jene, die besonders in Berlin gegen linke Minderheiten hemmungslosen Hass gesät hätten...

Der Gewerkschaftsvorsitzende warnt in seiner Erklärung die Bundesregierung davor, die **Studentenunruhen im Anschluß an das Attentat auf Rudi Dutschke eventuell als Vorwand für eine Forcierung ihrer Notstandspläne zu benutzen. Ein solcher Versuch würde auf den entschiedenen Widerstand der Gewerkschaften stoßen.**

Die IGM werde wissenschaftliche Untersuchungen unterstützen, die der Überprüfung der Rolle des Hauses Springer bei der Bewußtseinsbildung in der Bundesrepublik dienen. In der Konsequenz müsse es zu einer Gesetzesinitiative des Bundestages gegen Pressemonopole kommen. . . .

Prof. H. Marcuse

Das Attentat auf Rudi Dutschke zeigt wieder einmal, bis zu welchem Grad die bestehende Ordnung mit Gewalt durchsetzt sei. Auf die Ermordung Martin Luther Kings anspielend, sagte Marcuse: „Man lernt eben schnell. Es breitet sich offenbar aus. Mörder, nicht nur politische Mörder, gibt es nicht nur in Deutschland.“ Dutschke sei eine der großen Hoffnungen für die Arbeit an einer besseren Gesellschaft und für die Abschaffung der Greuelthaten der bestehenden Gesellschaft. „Daß sie den Mann aus dem Wege räumen wollen, ist verständlich.“

Springer manipuliert - enteignet Springer

Jahrelang haben Springerorgane friedliche Demonstranten als lächerliche Phantasten verketzert. So erging es der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung ebenso wie den Ostermarschierern. So erging es jeder fortschrittlichen politischen Gruppe, die in den vergangenen Jahren öffentlich ihre politischen Ziele proklamierte. Axel Cäsar Springer freilich ist kein Weltverbesserer. Er will die Welt, so wie sie ist. Denn nur so kann er an ihr verdienen, nur so kann er seinen Meinungsterror ausüben.

Deshalb genügte es ihm bald nicht mehr, seine politischen Gegner als lächerliche Minderheiten darzustellen. Als die liberale und demokratische Öffentlichkeit begann, sich mit den Argumenten der Bürgerrechtsbewegung, der Ostermarschierer, der Vietnamkriegsgegner auseinanderzusetzen, als schließlich die Studenten und dann die Schüler politisch aktiv wurden, genügte das nicht mehr. Jetzt deklarierte er sie zu verbrecherischen Minderheiten. Er lieferte sie der Lynchjustiz veretzter Bevölkerungsteile und den Repressalien der staatlichen Gewalt aus, die noch stets gekuscht hat, wenn die BILD-Zeitung in angemessener Vertretungsbefugnis für das ganze Volk ihre Forderungen stellte. Zunächst wagte er noch nicht, die Minderheiten beim Namen zu nennen. In einer konzertierten Aktion, die durch alle Springer-Zeitungen und Springer-Illustrierten ging, stellte er die amerikanischen Neger, die um ihr Recht kämpften, als kriminelle Meute hin, als rassistisch minderwertige Subjekte, die brennen und morden, plündern und vergewaltigen. Dann zog er die Parallelen. Er erfand die Mär von den halbkriminellen Studenten und ihrem Terror und erzwang so die Knüppel der Berliner Polizei. Sein erstes Todesopfer war Benno Ohnesorg. Springers Kommentar: Wo gehobelt wird, fliegen Späne. Dann hobelte er weiter. Und als schließlich die Studenten zum Freiwild wurden, und jeder Depp sich für einen Messias halten durfte, wenn er auf Dutschke schoß, versprach BILD am SONNTAG: „Kein Terror wird uns beugen!“ (Ausgabe vom 14./15. April 68). Freilich nicht, denn BILD selbst ist es, die ein ganzes Volk unter Springers Terror beugen will.

„Sturm auf die Pressefreiheit“ geiferte das gleiche Blatt am gleichen Tag, das Hausorgan eines Mannes,

dessen Konzernstrategen seit Jahren generalstabsmäßig das Ende der Presse- und Meinungsfreiheit vorbereiten und inszenieren. „Anschlag auf die Pressefreiheit“ nannten sie den ohnmächtigen Versuch, die Auslieferung seiner Presseorgane, dieser Sargnägel der Freiheit, um ein paar Stunden zu verzögern, um so der Bevölkerung klar zu machen, woher die Gefahr für die Pressefreiheit wirklich kommt. Wo verzweifelte Demonstranten zum Schutz ihres eigenen Lebens sich gegen Polizeischläger und private Schlägerkolonnen zur Wehr setzen mußten, sieht Springer „Brandstiftung, Steinwürfe und blutige Gewalt“ (BILD am SONNTAG). „Schlagringe, Messer und Totschläger“ (Berliner Morgenpost, 14. April 68). Wo hunderte von Studenten systematisch zusammengeschlagen wurden, sieht die „Berliner Morgenpost“ als „erschreckende Bilanz der Straßenunruhen“ 57 verletzte Polizisten (der Rundfunk wußte später nur noch von 6 verletzten Polizisten). Die Zahl der verletzten Demonstranten wird bewußt verschwiegen. In allen Artikeln der gleichen Zeitung ist stets nur von „verletzten Polizisten und Demonstranten“ die Rede. Springer weiß, warum er solche Mätzchen benutzt, um die Tatsachen zu verschleiern: nur der erste Teil „bleibt hängen“ bei seinen Lesern. Dazu weiß er zu berichten, daß die meisten Verletzungen von Steinwürfen herrühren. Ganz abgesehen davon, daß diese Behauptung nicht stimmt, läßt er damit gleichzeitig durchblicken, daß auch die Verletzungen der Demonstranten von diesen selbst herrühren: Offenbar bewarfen sich diese Amokläufer gegenseitig mit Steinen. „Zum Gespräch bereit“ heißt die Überschrift einer Meldung, in der dann berichtet wird, daß der Regierende Bürgermeister, Schütz, nicht zu einem Gespräch bereit war.

Und wie um Springer zum Lügner zu stempeln, der stets bestritten hat, daß seine Redaktionen eingeschaltet sind, findet sich die gleiche Argumentation fast wörtlich auch in anderen Springer-Organen, so in ‚BILD‘ und dem ‚Hamburger Abendblatt‘. Dafür gibt es wieder einmal Anhaltspunkte für eine Konzernanweisung, daß die Berliner Springer-Zeitungen stets um ein paar Grade ‚härter‘ sind als die

Man braucht diese Typen nur mal anzusehen.

Klaus Schütz, Regierender Bürgermeister von Berlin

Das gefährliche Rüpelspiel der Randalierer muß jetzt ein Ende haben. . . Wir haben es satt, daß unsere Hauptverkehrsstraßen immer und immer wieder blockiert werden können. Wir haben es satt, daß unser Geschäftsleben dauernd gestört wird. . .

Franz Amrehn, Berliner Bürgermeister (CDU)

21.2.68

westdeutschen Springerzeitungen. Für die Berliner waren es 57 verletzte Polizeibeamte, für die Westdeutschen nur 30. In allen Springer-Zeitungen liest man, daß es die Schüler und Studenten waren, die angriffen. Nirgendwo ist korrekt dargestellt, daß sich die Aktionen darauf beschränkten, die Auslieferung der Springer-Zeitschriften zu blockieren, und daß es zu Gewalttätigkeiten, vor allem gegen Personen, stets nur in der Defensive gegen brutale Polizeieinsätze und gegen Aktionen von organisierten Schutzstaffeln Springers gekommen ist.

Dafür reitet Springer auf der Furcht des deutschen Volkes herum, es könne im Ausland mißverstanden werden. Die Presseauschnitte, die Springers Zeitungen bieten, sind ein Musterbeispiel raffinierter Montage von Zitatbruchstücken. Daß sich in der Auslandspresse ein wachsender Unmut gegen die Pressemacht Springers erhebt, der als zumindest mitschuldig an diesem blutigen Wochenende gesehen wird, und daß man dort der Argumentation der außerparlamentarischen Opposition einen breiten Raum gibt, verschweigen seine Blätter. Dafür gibt er auf Schritt und Tritt Beweise dafür, in welchem Maß unsere Demokratie zur BILD-Demokratie entartet ist: Standhafte Polizeitruppen und ihre Führer werden für den „Einsatz“ belobigt, ihre politische Führung für den Entschluß gefeiert, hart durchzugreifen. So lügt Springer. Keine Gegen-Zeitung hätte Platz, um die Lügen dieses Wochenendes auch nur aufzuzählen. So manipuliert, so regiert Springer. Selbst das Fernsehen, auf dessen Meinungsfreiheit er so manchen Anschlag verübt hat, übernimmt seine Sprachregelung. Es nennt Attentäter und Opfer stets in einem Atem. Und die FAZ feiert die schwierigen Arbeiterfäuste, die bereit waren, mit der Polizei zusammen drauf zu schlagen.

Gefährdet Springer—Blockade Arbeitsplätze ?

Springer vertritt nicht die Interessen der Arbeiter, sondern die der Unternehmer, weil er selbst Unternehmer ist. Bei Lohnkämpfen und Streiks nimmt er immer für die Unternehmer Partei, weil auch er möglichst niedrige Löhne auszahlen will. Gegen die Erhöhung der Telefongebühren wollte er deswegen die Arbeiter mobilisieren, weil sich die Telefonkosten der Betriebe, also auch seine sprunghaft erhöht hätten.

Daß die Springerpresse gegen die Arbeiter ist: daran ändert auch der Umstand nichts, daß er viele Arbeiter beschäftigt. Es ist sehr widersprüchlich, daß einige Arbeiter dafür bezahlt werden, daß sie Zeitungen drucken, die sich gegen die ganze Arbeiterschaft richten.

Die Springerpresse hetzt systematisch gegen die Arbeiter und Studenten, die sich für bessere Arbeitsbedingungen und Demokratisierung an ihrem Arbeitsplatz einsetzen. Sie nennt streikende Arbeiter, die sich gegen Erhöhung der Profite auf Kosten ihrer Löhne, Entlassungsdrohungen und Abbau der Sozialleistungen wehren, arbeitsunwillig. Sie beschimpft die Gewerkschaften, die die Notstandsgesetze ablehnen, weil sie der Staatsgewalt die Mittel an die Hand geben, Arbeiterstreiks mit brutaler Gewalt niederzuschlagen. Die Springerpresse versucht, die Arbeiter andererseits als ordnungsliebende Mehrheit gegen die Studenten auszuspielen, die für Demokratisierung und Mitbestimmung an ihrem Arbeitsplatz, der Universität, kämpfen. Die Springerpresse behauptet, die Studenten lebten auf Kosten der Gesellschaft, seien langhaarig, ungewaschen und arbeitsscheu, als ob das Studium an der Universität keine Arbeit sei. Die Springerpresse will nur deshalb einen Keil zwischen Arbeiter und Studenten treiben, weil die Studentebewegung und auch schon viele Arbeiter erkannt haben, daß die Demokratisierung der Universität nicht losgelöst von der Demokratisierung der Betriebe, der Kontrolle der Unternehmer durch die Arbeiterschaft gelingen kann.

Weil die Springerpresse die Erreichung der gemeinsamen Ziele durch Arbeiter und Studenten zu verhindern sucht und viele Menschen durch Verhetzung daran hindert, die Gemeinsamkeiten einzusehen, deshalb bekämpft die Außerparlamentarische Opposition, in der schon Arbeiter, Schüler und Studenten zusammenarbeiten, den Springerkonzern. Diese Zusammenarbeit stört Springer,

weil er seine Hetze nicht mehr ungeschoren ausüben kann. Deshalb bestärkt Springer die herrschenden Kreise des Staates, Kiesinger, Schütz & Co., nackte Gewalt bis zur Vernichtung von Menschenleben durch die Polizei gegen die Demonstranten einzusetzen, die sich gegen Verhetzung durch verlogene Berichterstattung und Bevormundung durch Unternehmer und politische Parteien zu wehren begonnen haben.

Wenn wir uns gegen die Revolverpresse Springers wehren, die zur Gewaltanwendung gegen uns aufruft, dann nicht um die Arbeitsplätze der Arbeiter zu gefährden, wie der Vorstand der IG Druck und Papier behauptet, sondern um uns gegen die antidemokratische Springerpresse zu wehren, die weit gefährlicher ist als die NPD.

Dabei handeln wir auch im Interesse der Arbeiter, gegen die Springer genau so hetzt, wenn sie selbständige Interessenpolitik gegen die Unternehmer machen, wie die Gummiarbeiter von Hanau.

In Wahrheit gefährdet Springer selber die Arbeitsplätze der Drucker und Setzer usw., weil er darüber entscheiden kann, ob Betriebe automatisiert oder stillgelegt werden. In Düsseldorf flogen die Leute vom „Mittag“ auf die Straße, als Springer die Zeitung übernahm. Und in der Frankfurter Societätsdruckerei werden bis 1970 Setzer und Drucker auf der Straße sitzen, weil der Betrieb rationalisiert und automatisiert wird. Springer setzt die Arbeiter und Redakteure einfach auf die Straße, wenn sie ihn zu viel kosten, ohne daß die Belegschaft darüber mitbestimmen kann.

Die Enteignung Springers ist nicht mit einem Verlust der Arbeitsplätze der Drucker und Setzer verbunden. Es geht um inhaltlich andere Zeitungen, nicht um die Abschaffung von Massenzeitungen überhaupt. Wir wollen eine demokratische, keine faschistische Massenzeitung.

Deshalb sind wir jungen Arbeiter, Schüler und Studenten, die bis jetzt die Außerparlamentarische Opposition bilden, darauf angewiesen, daß alle Arbeiter unseren Kampf gegen Springer aktiv unterstützen, und daß sie den Kampf gegen Lohnstopp, Abbau der Sozialleistungen, und Entlassungen an ihrem Arbeitsplatz führen.

zei (in PKW's und auf Motorrädern)

- zwei Schützenpanzer des Bundesgrenzschutzes (an der Zubringer-Autobahn in Höhe Stuttgart-Degerloch)
- mehrere Kolonnen des Technischen Hilfswerkes (THW); dessen Lastwagen bildeten die Blockaden des äußeren Kreises des zu schützenden Industriegeländes
- mehrere Einheiten oder Trupps des Zivilen Bevölkerungsschutzes (der sog. „Notstands-Truppe“)
- drei Boote der Wasserschutzpolizei und einige Pontons (Katastrophenboote); vermutlich ebenfalls zum Zivilen Bevölkerungsschutz gehörig.

Aus diesem gemischten Einsatz von Landespolizei, Stadtpolizei, Bundesgrenzschutz, THW und Zivilem Bevölkerungsschutz wird deutlich, daß es sich wirklich um eine konzertierte Notstandsaktion handelte. Das ganze schien ein Planspiel zu sein unter dem vom Bundesinnenministerium gestellten Thema: die Industrieanlagen einer mittleren Stadt (90.000 Einwohner) müssen gegen einen inneren Feind geschützt werden.

Wie sehr sich bei diesem „Planspiel“ die institutionellen Anordnungen und Verteilungen von oben und der Einsatz faschisierter Teile der Bevölkerung von unten ergänzten, wird deutlich aus folgendem nicht unwesentlichem Beispiel. Der Deutsche Schäferhundverband, Ortsgruppe Eßlingen, hatte sich offenbar dazu bereit erklärt, Schutzhundstaffeln zur Sicherung der unwegsamen Teile des Geländes zur Verfügung zu stellen. Ob wirkliche Absprachen mit der Einsatzleitung bestanden, ist bis jetzt unbekannt. Jedenfalls patrouillierten hinter den zweiten Polizeiabsperungen Männer in Zivil mit Schäferhunden. Als eine Gruppe von Demonstranten, die offenbar die Ernsthaftigkeit des Geschehens nicht realisiert hatten, sich an einer der zweiten Polizeiabsperungen mit der Polizei in eine kurze Auseinandersetzung verwickeln ließ, setzte einer dieser Männer aus dem Hintergrund seinen Schäferhund auf einen Demonstranten. Der Demonstrant wurde von dem Hund regelrecht zerfleischt. Er liegt zur Zeit mit schweren Verletzungen im Krankenhaus.

Die Angst vor der Straße

„Die jungen Menschen sollen lernen, nicht kritisieren.“ Nach diesem autoritären Grundsatz wird in deutschen Schulen und Universitäten unterrichtet. Was sie wirklich meinen, sagen manche Leute im Bundesverband der Deutschen Industrie und in den

Lernprozeß in der Innenstadt

Die Demonstranten haben am Ostermontag in Eßlingen einen Fehler begangen: Sie haben nicht schnell genug am Ort auf die – vorauszusehende – neue Situation reagiert.

Erst nach zwei Stunden, um 23 Uhr, hatten wir alle begriffen, um was es in Eßlingen wirklich ging. Erst dann begannen wir mehr oder weniger systematisch uns vor den ersten Absperrungen rund um das Industriegelände zu verteilen und die Bevölkerungsgruppen darüber aufzuklären, was hier vor sich ging: warum am Freitag die Blockade gegen BILD errichtet worden war, aus welchen politischen Gründen wir uns dazu entschlossen hatten, was wir gegen Springer haben, was Polizei und THW im Augenblick hier vollbrächten etc. etc.

Ab 23 Uhr sammelten sich Gruppen im Stadtinnern, um ihre Kritik an diesen Notstandsmaßnahmen vor dem Hauptgebäude der Eßlinger Polizei (am Hafemarkt) vorzutragen. Dabei begann die offenbar im Stadtinnern bereitgehaltene Landespolizei-Hundertschaft (u.a. mit umgehängten Gasmasken) sofort mit einem massiven Knüppelinsatz, bei dem mehrere Demonstranten ernstlich verletzt und mehrere Demonstranten vorübergehend festgenommen wurden. Gegen Mitternacht sammelte sich die ganze Demonstration auf dem Eßlinger Marktplatz zu einem spontanen Teach-in mit der aufgeschreckten Bevölkerung dieser alten Reichsstadt. Zu einem geringen Teil stand die Bevölkerung den Aktionen direkt positiv gegenüber, zu einem größeren Teil passiv-ablehnend. Viele Oberschüler und Jugendliche aus Eßlingen und der näheren Umgebung haben aber in dieser Nacht ganz offensichtlich die ersten Impulse zu einem demokratischen politischen Engagement erhalten.

Am 27. April, zum hundertjährigen Jubiläum des Bechtle-Verlages, wird in Eßlingen am Neckar ein großer Anti-Springer-Tag stattfinden.

Straße. Sie haben Fremdwörter gebraucht, nicht Sprechchöre. Man hat sie totgeschwiegen.

Als die Studenten auf die Straße gingen, um ihrer Stimme endlich Gehör zu verschaffen, hat man sie niedergeknüppelt und verleumdete. Jetzt, wo man

Die Lage in Esslingen ist ganz ausgezeichnet

Die Bechtle-Druckerei, in der die Eßlinger Zeitung, die Cannstatter Zeitung und kleine Provinzausgaben für den Raum Eßlingen-Stuttgart gedruckt werden, gehört zum alteingesessenen Eßlinger Bechtle-Verlag. Bechtle gehört zu Eßlingen seit Menschengedenken, so wie das Rathaus und die Burg. Bechtle ist seit längerer Zeit von Springer aufgekauft; das wissen die wenigsten Eßlinger. Seit einiger Zeit wird die Süddeutsche Ausgabe der BILD-Zeitung in der Bechtle-Druckerei hergestellt. Seitdem befindet sich die Druckerei auch nicht mehr in der Innenstadt von Eßlingen, sondern in einem neu angelegten Industriegelände außerhalb der Stadt am Neckar; umfassend ein Areal von circa 4 Quadratkilometern, genannt Industrie-Insel.

Eßlingen am Karfreitag

Am Karfreitag-Abend waren etwa 400 Studenten aus Heidelberg, Tübingen, Stuttgart und anderen Städten und etwa 200 Schüler und junge Arbeiter aus der Eßlinger Umgebung spontan auf die Industrie-Insel gekommen, um die Auslieferung von BILD zu verhindern. Die meisten waren mit PKW's da; in Heidelberg zum Beispiel hatten die Studenten am Nachmittag in der Innenstadt für diesen Plan geworben und ihre Komilitonen, die mitmachen wollten, direkt von der Straße weg in Autos verladen. — Die Druckereileitung und die Polizei waren schlecht vorbereitet. Offenbar war man der — falschen — Auffassung, die Druckerei solle gestürmt werden; entsprechend war der Polizei die Aufgabe gestellt worden, das Gelände zu schützen; das tat sie, ähnlich wie in Frankfurt, von „innen“ her: mit zwei aufgefahrenen Wasserwerfern und weniger als hundert Polizisten, die sich im Innern des Druckerei-Komplexes aufhielten. Der ziemlich einfache und einleuchtende Plan der „Belagerer“ wurde als Plan überhaupt nicht durchschaut; die Polizei half zu Beginn der Blockade den Demonstranten geradezu, ihre Autos auf den Straßen vor den Ausfahrten des Komplexes aufzubauen. Die Auto-Blockaden waren während der ganzen Auslieferungsverhinderung die zentrale Taktik der Demonstranten; immer wenn die Polizei später mit Wasserwerfern oder Stoßtrupps Ausfallversuche unternahm, zogen sich die „Belagerer“ in und hinter

die Autos zurück. Selbst die später unternommenen Versuche, die blockierenden Autos abschleppen zu lassen oder mit Abschleppwagen in den nahen Neckar zu stoßen, blieben erfolglos, weil die PKW's stets mobiler waren und zugleich die Ausfahrtstore des Bechtle-Komplexes und die Abschleppfahrzeuge blockieren konnten. Die Belagerung wurde erst um 4,30 Uhr aufgehoben, und zwar von den Demonstranten selbst, nach deren eigenen Beschluß.

Notstandsplanung am Ostermontag

Anders am Ostermontag. Nach der Ostermarsch-Schlußkundgebung, auf der der SDS seinen Standpunkt zu den Ereignissen vom Gründonnerstag und Karfreitag darlegte und zu weiteren Aktionen vor dem Bechtle-Komplex aufforderte, trafen sich etwa 600 Studenten und Jugendliche zu einem teach-in in der Technischen Hochschule Stuttgart. Dort wurde beschlossen, mit Autos und mit dem Zug nach Eßlingen zu fahren und dort an Ort und Stelle in mehreren Gruppen vor den Blockaden mit der Bevölkerung zu diskutieren und über geeignete Aktionen gegen den Springer-Konzern zu beraten.

In Eßlingen am Neckar wurde der „Notstandsfall“ mit allen militärischen Konsequenzen wirklich systematisch durchgespielt: Die gesamte Industrie-Insel außerhalb der Stadt war hermetisch abgeriegelt. Alle Zufahrtstraßen zu dem Industriegelände waren durch doppelte Blockaden gesichert. Die ersten Blockaden — nur für Autos — begannen bereits in den angrenzenden Wohnvierteln von Obereßlingen und Zell. Die Anwohner konnten ihre Häuser nur noch zu Fuß betreten, die Privatautos mußten außerhalb der ersten Absperrung — 5 Kilometer von der Bechtle-Druckerei entfernt — abgestellt werden. Die zweiten Absperrungen — 1 Kilometer von der Bechtle-Druckerei entfernt — waren mit vollständigen Straßensperren verschlossen. Von diesen Absperrungen waren insgesamt mindestens sieben Zufahrtstraßen zu dem gesamten Industriegelände betroffen. Nach den direkten Beobachtungen waren eingesetzt:

- sechs Hundertschaften Bereitschaftspolizei (mit Mannschafts- und Lastwagen)
- eine unüberschaubare Anzahl motorisierter Poli-

Industrie- und Handelskammern noch genauer. Sie wollen einen Nachwuchs, der funktioniert, nicht denkt, der gehorcht, nicht politische Zusammenhänge sieht.

Die Inhaber der wirtschaftlichen und politischen Macht brauchen abgerichtete Fachidioten, nicht kritische Leute, die ihren Verstand gebrauchen. Sie wollen dressierte Wachhunde, die ihre Macht verwalten und dafür sorgen, daß alles so bleibt, wie es ist, die für sie die Arbeiter bei der Stange halten und noch stolz darauf sind, daß man ihnen ein Pöstchen gibt. Der Industrie- und Handelskammerpräsident Dietz aus Frankfurt sagt das ganz unverhüllt, wenn er von den „heranwachsenden Führungskräften“ spricht, die „am Feind bleiben“ und „sich durchsetzen“ müssen. Der Feind, den er meint, der Feind, gegen den seine Nachwuchsmanager sich durchsetzen sollten, — das sind die Arbeiter, die eines Tages auf die Idee kommen könnten, mehr zu fordern als VW und Kühlschrank, nämlich eine Gesellschaft, in der sie auch die politische Macht haben, die ihnen zusteht.

1848 hatten Studenten und Arbeiter noch gemeinsam auf den Barrikaden für die Freiheit gekämpft. 120 Jahre lang war es anders. Jetzt aber ist genau das eingetreten, was die Herren seit 1848 immer gefürchtet haben: Die Schüler und Studenten lehnen es ab, sich mit den Steuergeldern der Arbeiter zu Handlangern der Macht abrichten zu lassen. Sie sehen denen da oben auf die Finger und fragen nicht erst um Erlaubnis, wenn sie feststellen, daß es stinkt. Deshalb fordern sie eine Schule, in der die Arbeitnehmerkinder denken lernen, nicht gehorchen, deshalb fordern sie Oberschulen und Universitäten, in denen auch Arbeiter- und Kleinbauernkinder eine Chance haben. Deshalb wollen sie Ausbildungsstätten, in denen nicht nur Formeln vermittelt werden, sondern auch die Fähigkeit, die bestehenden Verhältnisse zum Besseren zu verändern. Deshalb sind sie gegen Notstandsgesetze und für das Streikrecht, gegen Rüstungsausgaben und für soziale Gleichheit, deshalb kämpfen sie gegen Rassendiskriminierung und gegen den verbrecherischen Vietnamkrieg.

Um ein Bündnis zwischen den Arbeitern und der jungen Intelligenz zu verhindern, und nur deshalb, hetzt die Springerpresse die Bevölkerung gegen Schüler und Studenten auf. Um zu verhindern, daß die Arbeiter über die wirklichen Verhältnisse aufgeklärt werden, schweigt Springer ihre Argumente tot und kritisiert stattdessen ihre Bärte. Denn was Kiesinger und die Frankfurter Allgemeine jetzt fordern, haben die Studenten jahrelang getan: Sie haben Denkschriften verfaßt, nicht Transparente gemalt. Sie haben in Seminaren diskutiert, nicht auf der

ihre Argumente nicht mehr totschweigen kann, haben Kiesinger, Strauß und Springer ein neues Argument gefunden: Ihr dürft ja Kritik üben und vielleicht habt ihr sogar recht, aber wenn ihr auf die Straße geht, seid ihr Verbrecher.

Leute, die eine braune Uniform trugen oder für sie Propaganda machten, haben jetzt die Unverschämtheit, die Studenten und Schüler mit der SA zu vergleichen.

Aber diese Töne sind nicht so neu, wie sie scheinen. Als 1848 Arbeiter und Studenten gemeinsam die Pressefreiheit erkämpften, benutzte die bürgerliche Presse alsbald diese Freiheit dazu, die sogenannte Herrschaft der Straße zu diffamieren. Als vor dem ersten Weltkrieg die Arbeiter in ganz Europa Jahr für Jahr am 1. Mai auf die Straße gingen, mußten sie sich wieder von der gleichen Presse als Rowdies und Straßenpöbel, als Mordbuben und Gewaltverbrecher beschimpfen lassen. Beinahe Wort für Wort stand damals in einer gewissen Presse über die Arbeiter, was Springers Schreiberlinge heute über die Studenten posauen.

Damals wie heute gingen Menschen auf die Straße, weil die Straße ein Forum der Öffentlichkeit ist. Weil politische Fragen nicht in Salons und Hinterzimmern entschieden werden dürfen, von denen, die ein Interesse daran haben, daß alles so bleibt wie es ist, sondern im Licht und unter der Kontrolle der Öffentlichkeit von denen gelöst werden müssen, die es angeht: von den Massen.

Deshalb, und nur deshalb, haben Springer und seine Freunde etwas gegen die Straße: weil dort die Wahrheit an den Tag kommt, die er in seinen Lügen- und Hetzblättern verschweigt.

Sie zittern vor der Straße, weil sie fürchten, daß die Aktionen der Studenten die Arbeiter auf die Idee bringen könnten, sich ihnen anzuschließen und sich die Macht zu nehmen, die ihr Recht ist. Man prügelt die Studenten und meint die Arbeiter. Man stempelt die revolutionären Schüler und Studenten zu Gewaltverbrechern, damit ihre Aktionen nicht die Arbeiterklasse zum Bewußtsein ihrer eigenen revolutionären Kraft bringen. Kiesinger und Schütz, Springer und Strauß fordern die Arbeiter zur Lynchjustiz an den „Terroristen“ auf, um von der Gewalt abzulenken, die sie selbst ohne Skrupel ausüben. Durch systematischen Polizeiterror, durch Gummiknüppel und Massenverhaftungen wollen sie nicht nur Schüler und Studenten einschüchtern, sondern auch die jungen Arbeiter und Lehrlinge, die sich in steigendem Maße mit uns solidarisieren. Und sie erklären Dutschke zum Volksfeind Nr. 1, damit niemand auf die Idee kommt, daß sie selbst die wahren Feinde des Volkes sind.

Frankfurt ist doch Berlin — Augenzeugenberichte

Am Abend des 15. April begab ich mich um 20.30 zum Hauptbahnhof, um die Demonstration an der Verladerampe am Nordausgang zu beobachten, die durch eine Kette von Bereitschaftspolizisten und durch Wasserwerfer abgesperrt war. Als die Kette plötzlich vorrückte, befand ich mich in der ersten Reihe der Demonstranten, die an dieser Stelle ausschließlich aus 16 bis 18-jährigen Ostermarschierern bestand, die sich der Polizei gegenüber betont freundlich verhielten. Die Polizei ließ durch einen Demonstranten verkünden, sie werde jetzt den Platz räumen und der ganze Bahnhofsvorplatz werde die Niederlage der Demonstranten sehen. (Wörtlich: „Ihr werdet auf dem Bauch landen.“) Etwa 30 Sekunden nach dem Einsatzbefehl ereignete sich ein Zwischenfall: Hinter mir tauchte ein etwa 185 cm großer, schlanker, dunkelhaariger Mann mit schmalem, dreieckigem Gesicht auf, den ich für einen Südländer hielt und vermutlich bei einer Gegenüberstellung erkennen würde. Er schlug über meine Schulter hinweg auf die Polizisten ein und traf einen am Oberarm. Die älteren Polizisten der Kette zogen sofort die Gummiknüppel, während die jüngeren vorwurfsvoll sagten: „Seht Ihr, solche Leute gibt es unter euch.“ Der Schläger hatte sich nun hinter einen Postrollwagen zurückgezogen. Dann öffnete sich die Kette, um die hinter ihnen stehenden, gummiknüppelschwingenden Einsatzkommandos durchzulassen. Im gleichen Augenblick erhielten ich und mein linker Nachbar von dem Mann hinter dem Rollwagen einen Schlag auf den Kopf. Die benutzte Waffe war ein etwa 40 cm langer, nach vorne spitz zulaufender und in einer Art Kugel endigender Gummiknüppel oder Totschläger. Da dieser Mann in meinem Bereich unmittelbar den Einsatz der Polizei provozierte und dann auf Demonstranten einschlug, muß ich die Vermutung äußern, daß es sich um einen Provokateur handelt.

Niemand soll sagen, daß der Terror der Polizei in Frankfurt und in anderen Städten Ausschreitungen einzelner Polizisten zuzuschreiben sei. Vielmehr sind „Blut und Tränen“ von den politischen Repräsentanten schon vorher angekündigt worden. Indem sie Gewalttätigkeit der Demonstranten unterstellten, kündigten sie eigene Gewaltanwendung an. Noch während der Frankfurter Polizeiaktion verbreitete die Polizei über Polizeifunk und Nachrichtenagenturen die Falschmeldung, ein Demonstrant sei mit einer Maschinenpistole bewaffnet. Man macht den Polizisten Angst, um ihnen die letzten Hemmungen zu nehmen, die Demonstranten wie Gangster zu behandeln. Kiesinger sagte in einer Rede, bis jetzt habe man „unnötige Opfer“ vermieden, aber eine Fortsetzung der Aktionen erfordere eine Verschärfung der staatlichen Reaktion. In der Tat nahm dann die Polizei auch „unnötige Opfer“ auf sich, indem sie Kinder, Frauen und Greise zusammenschlug. Auch Brundert bereitete die Bevölkerung auf die Brutalität seiner Polizei vor, sah er sich doch vor die Notwendigkeit gestellt, die „Voraussetzungen für Ruhe und Ordnung“ wiederherzustellen. Das Handels- und Kulturzentrum Frankfurt erzwang seine liberale Ruhe mit Hilfe einer hemmungslosen Polizei. Der hessische Sozialminister Hemsath sagte, es sei „fast unvermeidbar“, daß bei den Zusammenstößen auch unbeteiligte Passanten verletzt worden seien, denn die Polizei könne in einer solchen Situation „keine Hiebe nach Noten verteilen“.

Zwei Zivilisten mit Schlagstöcken verfolgten und schlugen in der Höhe der Galluswarte flüchtende Demonstranten mit wutverzerrten Gesichtern. Das geschah in mehreren Fällen. Nur ein einziges Mal hat ein Demonstrant versucht sich zu schützen, indem er mit Sand nach dem Verfolger warf, ohne ihn damit behindern zu können. Erst als ein Fotograf auf einen dieser zivilen Schläger zuzuging, ließ er von seinen Aktionen ab und setzte sich wieder in sein Auto.

Nachsetzen—Draufhauen...

Ich hatte mich auf der Kleiststraße in einen Eingang geflüchtet. Als mich ein Polizist sah, verlangte er, ich solle herauskommen. Ich kam dann auch heraus, und ein hinzukommender Polizist sagte noch: „Das ist er ja.“ Sie schlugen beide so auf mich ein, daß ich für kurze Zeit ohnmächtig wurde. Ich lag dann gekrümmt auf der Straße und 6 Polizisten schlugen auf mich ein. Ein anderer Demonstrant konnte mich wegziehen. Als ein Passant die Polizei aufforderte, die Feuerwehr oder einen Krankenwagen zu holen, sagte der Polizist: Er würde es nicht

cheldrahtverhaues in der Mainzer Landstraße Richtung Galluswarte niedergelassen. Die Polizei hatte sich hinter den Stacheldrahtverhau zurückgezogen, besetzte die Öffnung in der Mitte der Fahrbahn jedoch nicht, sondern gab sie für die Auffahrt eines Wasserwerfer frei

Ich kann mich nicht erinnern, daß die Polizei irgendwelche Aufforderungen durch Lautsprecher oder Zurufe an uns gerichtet hätte. (Ich saß etwa in der zweiten oder dritten Reihe der Demonstranten.) Als der Wasserwerfer der Polizei gegen uns aufgefahren wurde, setzten wir uns mit dem Rücken gegen den zu erwartenden Wasserstrahl. Ich selbst beugte — wie wohl die meisten — das Gesicht zur Erde, um den Strahl möglichst geringe Angriffsfläche zu bieten. Kurze Zeit, nachdem der Wasserwerfer zu spritzen begonnen hatte, spürte ich heftige Schläge auf meinen Kopf, aber wohl erst durch das gleichzeitige erschreckte Geschrei und die panische Flucht der neben mir sitzenden begriff ich, daß die Polizei uns von hinten mit Knüppelhieben überfiel. Ich rannte mit fort, sah aber, daß ein Demonstrant

wahrscheinlich auch noch ein vierter Polizist zu ihm und schlugen mit schnellen und harten Knüppelhieben auf ihn ein, auch noch, als er schon auf dem Boden lag. Sie ließen erst von ihm ab, als er ganz zusammengekrümmt dalag. Ich war inzwischen stehengeblieben, auf den ersten, brutalsten, Schläger zugegangen und rief ihm naiv, erschrocken und empört entgegen: „Die Nummer - oder auch - Ihre Nummer!“ (Mehrere Male.) Darauf schlug mir sofort nicht nur der Angesprochene, sondern auch andere der beteiligten Polizisten auf den Kopf; ich versuchte wieder zu fliehen, verlor meine Brille und fiel ein wenig später ebenfalls unter Knüppelhieben und laut um Hilfe schreiend zu Boden. Mir wurde erst dann nicht mehr auf den Kopf geschlagen, als ich aufhörte, „Hilfe“ zu schreien und mich am Boden zusammenigelte.

...notfalls auch auf Passanten

Gegen 20.30 wollte ich mit meiner Frau und einem Kollegen über die Camberger Straße zur Klinik. Nachdem wir vergeblich versucht hatten, durch die Frankfurter Allee und Mainzer Landstraße in Richtung Bahnhof zu gelangen, fragte ich einen Polizisten, welchen Weg man denn gehen könne. Er sagte: Die Camberger Brücke.

Etwa in der Mitte der Camberger Brücke waren etwa 15 Polizisten damit beschäftigt, etwas von der Straße zu räumen (oder hinzuräumen, es war nicht genau festzustellen). Wir versuchten ganz rechts an der Seite vorbeizukommen. Wir wurden angeherrscht: „Was wollen Sie hier überhaupt!“ und an das Geländer gestoßen. Über diese Behandlung beschwerten wir uns und sagten, daß ich Arzt sei und zur Klinik müsse. Darauf schrie mich ein Polizist an: „Das kann ja jeder sagen, machen Sie, daß Sie hier wegkommen!“ Ich zeigte sofort meinen Ausweis, mit den Worten: „Bitte hier, überzeugen-Sie sich doch.“ Der Polizist weigerte sich, den Ausweis zu kontrollieren und sagte noch: „Das inter-

monstranten in die Flucht geschlagen. Die ersten beiden Reihen der Demonstranten, etwa 15 bis 20 Jugendliche, wurden von der Polizeikette mit Schlägen und Puffen nach hinten gedrängt, sahen sich aber eingekesselt, da vor ihnen schon das Einsatzkommando tätig war, das

wahllos um sich schlug. Der Polizist, der mir an der Kette gegenüber gestanden hatte, sagte zu mir: „Ich werde Ihnen nichts tun. Ich will Sie gar nicht schlagen. Sie müssen nur gehen.“ Die Kameraden ließen mich auch durch, schlugen aber sofort mit Gummiknüppeln auf mich ein. Ähnlich ging es den anderen Eingekesselten. Dabei riefen die Einsatzpolizisten übereinstimmend: „Warum seid Ihr auch hergekommen, Ihr seid selber schuld,“ und dergleichen. Ich beobachtete aber, daß viele, vor allem jüngere Polizisten nur ‚markierten‘, d.h. sich durch nur vorgespülte Aktivität vor dem Prügeln zu drücken suchten. Wir leisteten keinerlei Widerstand und flüchteten durch eine Glastür in den Bahnhof. Um den vor uns laufenden Demonstranten die Flucht zu ermöglichen, stemmten wir uns gegen die Glastür. Sogleich begann die Polizei, die Glastür mit Stockschlägen zu traktieren. Daraufhin ließen wir los. Da ich heftige Schläge auf Rücken und Nacken erhalten hatte, lehnte ich mich benommen gegen eine Wand. Ich wurde sofort von einem Polizisten ergriffen und gegen einen seiner Kollegen geworfen, der mir einen Schlag auf den linken Hinterkopf versetzte und mich zurückschleuderte. Daraufhin erhielt ich einen Schlag hinter das rechte Ohr und fiel hin. Beide Polizisten begleiteten ihre Schläge mit dem Ausruf: „Da hast Du noch eins, Du Schwein!“ Als ich am Boden lag, wurde ich noch einmal geschlagen. Schließlich stand ich auf und flüchtete ins Bahnhofsinnere, wo ich sofort von Zuschauern als ungewaschenes Schwein und bezahlter Agent aus Ostberlin beschimpft wurde. Ich trug Blutergüsse am Hinterkopf, an der rechten Schulter und auf dem Rücken davon, außerdem eine Prellung am rechten Arm.

hat sich dann selbst um einen Krankenwagen gekümmert.

Eine Gruppe von ca 50 bis 70 Demonstranten hatte sich vor einer Öffnung des Sta-



Arbeiter Schüler Studenten Zeitung
Nr. 1, 1968, 10 Pfg.

Herausgegeben als Extrablatt des DISKUS
Frankfurter Studentenzeitung

Herausgeber: Rainer Erd, Veit Feger, Andreas
Schroder, David Wittenberg, Lothar Wolfstetter
Redaktion: Antonia Grunenberg, Hermann
Lohaus, Rainer Roth, Michael Schwarze

...schien mich zu stolpern, während er von einem schlagenden Polizisten traktiert wurde. Als der Demonstrant, der sich nicht wehren konnte, zusammenbrach, liefen ein zweiter, ein dritter und



Anschrift der Zeitung: 6 Frankfurt am Main 1
Mertonstraße 26-28, Tel. (0611) 7983188

Alle abgedruckten Beiträge sind Eigentum
des DISKUS. Nachdruck - auch - auszuge-
weise, nur mit Erlaubnis der Redaktion.

Gerichtsstand: Frankfurt am Main

Druck: HOSCH GmbH., Frankfurt/Main

...essert mich übermüdet. In dem Mo-
ment fingen sie auch schon an zu schlagen
(mit den Fäusten). Ich konnte dann weg-
laufen, aber mein Kollege wurde von zwei
Polizisten festgehalten und von einem
dritten ins Gesicht geschlagen. Er hatte
sich völlig passiv verhalten und nur ge-
sagt, er sei Arzt, auf dem Weg zur Klinik,
und man möge ihn doch loslassen. Meine
Frau wurde von mehreren Polizisten hin
und her gestoßen.

Folter nach der Festnahme

Ich stand am 16. April um 0.05 Uhr an der
Straßenecke Günterrodestraße / Mainzer
Landstraße, etwa 3 - 4 Meter vor der Sta-
cheldrahtabspernung. Plötzlich drangen
mehrere Polizeibeamte auf zwei, wenige
Meter von mir entfernt stehende Leute
ein (ein Mann und eine Frau, Alter zwi-
schen 40 und 50 Jahren), die völlig unbe-
teiligt, und offenbar nur zuschauend,
an der Absperrung standen. Die Polizisten
schlugen mit Gummiknüppeln auf die
beiden ein und verletzten sie. Die Frau
blutete am Kopf auf der linken Seite, der
Mann blutete ebenfalls. Er rief nach dem
Rettungswagen. Im nächsten Moment
drangen die Polizisten auch zu mir vor,
sie schlugen mit ihren Knüppeln auch auf
mich ein. Schlagstellen: Kopf, mehrmals -
hatte leichte Betäubung zur Folge. Linker
Oberschenkel, Rücken, rechte Halsschlag-
ader. Mehrere Polizisten nahmen mich in
Polizeigriff, zwei führten mich ab. Dabei
legte mir einer eine Knebelkette um das
linke Handgelenk, der rechte Arm war auf
den Rücken gedreht. Diese Maßnahmen
wurden ergriffen, obwohl ich keinerlei
Widerstand leistete. Die Knebelkette wurde
so stark zusammengedreht, daß Blut aus
der Haut sprang und das Gelenk anschwell.
Während ich wehrlos war, schlug mir ein
Polizist mit seinem Gummiknüppel (mit
der Spitze) in den Solarplexus. Etwa 10
bis 15 Schläge. Diese Maßnahme war eine
Quälerei. Ich versuchte, mich mit dem Ruf:
„KZ-Methoden, Nazimethoden“ zu wehren.
Ich wurde in das Verlagshaus geführt. Dort
mußte ich alle Sachen abgeben und wurde
am Körper visitiert. Anschließend Feststellung
der Personalien, Verhör.

**DISKUS
EXTRA
BLATT**

**ARBEITER SCHÜLER
STUDENTEN ZEITUNG**

D 2442 F
Nr. 1

10 Pfg.

April 68

Die Herrschenden riefen zur Gewalt auf — Bachmann schoß

Die Beseitigung Dutschkes wurde seit langem von Politikern und Springer-Presse provoziert. Selbst wenn Bachmann ein rechtsradikaler Einzelgänger ist, der keiner Partei oder anderen politischen Organisation angehört, so ist seine Tat doch nicht die eines Einzelnen. Wenn Bachmann zur Kenntnis nahm, wie führende Politiker und Zeitungen über die Studenten und insbesondere über Dutschke urteilten, dann mußte er sich in seinem Mordplan nur bestätigt sehen. Diese Beurteilungen zeigen gerade, daß sich Springer-Presse und Berliner Senat auf der einen Seite von der NPD und der Nationalzeitung auf der anderen Seite nicht mehr wesentlich unterscheiden.

Die Hetze gegen den SDS, die Studenten und die außerparlamentarische Opposition insgesamt ist der Hetze der Nazis gegen die Juden zum Teil bis in die Formulierungen hinein gleich. „Verlaust“, „verdreckt“, das waren auch die Juden. Wir wissen, daß bei einem Vergleich der Studenten mit den Juden Zurückhaltung und scharfe Überlegung geboten sind. In diesem Punkt trifft er aber genau zu, in der Methode nämlich, unter Benutzung der Vorurteile breiter Massen systematisch gegen eine Minderheit zu hetzen, die Minderheit von der „(Volks-)Gemeinschaft“ abzusondern und zur Vernichtung bereitzustellen.

Wenn Dutschke eine „ungewaschene und verlauste und verdrehte Kreatur“ (der CSU-Bundestagsabgeordnete Unertl) ist, dann ist der Mordanschlag gegen ihn nur eine hygienische Aktion und nicht ohne Berechtigung. Gleichmaßen sprach der Minister Strauß von „Ungewaschenen und Verdreckten“.

Wenn die oppositionellen Studenten „Banditen“ (so in der NPD-Nationalzeitung) sind, dann ist der

ger Rathaus, wo der Innensenator sie aufforderte, an der Gegendemonstration des Senats teilzunehmen: „Ich hoffe, ich finde Sie alle dann in den ersten Reihen.“ Der Senator rechtfertigt also ausdrücklich die Schläger und Provokateure und fordert sie auf, doch ja das nächste Mal wieder dabei zusein.

Ein Plakat auf der Gegendemonstration des Senats lautete: „Dutschke — Volksfeind Nr. 1“. Wenn Dutschke Volksfeind Nr. 1 ist, von dem alles Übel in dieser Gesellschaft kommt, dann ist seine Beseitigung ein berechtigter Akt des Widerstands, ähnlich dem Anschlag auf Hitler. Hinter dem Plakat marschierten Berliner Senatoren, Abgeordnete, Gewerkschafter, Beamte. Sie hatten nichts dagegen. Der Berliner Regierende Bürgermeister Schütz (SPD) hetzte wie die Nazis. Er möchte eine andere Rasse aus den Oppositionellen machen, die man schon am Gesicht erkennt und mobilisiert dann die Rassenvorurteile: „Ihr müßt diese Typen sehen! Ihr müßt ihnen genau ins Gesicht sehen! Dann wißt Ihr . . .“. In einer Rede an die Berliner Bevölkerung mobilisiert er die Angst vor der „gelben Gefahr“, den Chinesen, gegen die Oppositionellen: Er nennt sie „Halbchinesen“.

Auf der Gegendemonstration des Berliner Senats, der Parteien (außer der FPD), der Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften erreichte die Hetze einen Höhepunkt und schlug in Aktion um. Viele der Demonstranten „für Frieden und Freiheit“ (so lautete das Motto) taten, wozu sie lange genug mehr oder weniger direkt aufgefordert worden waren, sie schlugen zu, sie veranstalteten Menschenjagden.

Der CDU-Chef Amrehn rief der Masse viermal zu: „Wir haben es satt“ und dann noch, wir müssen „uns zur Wehr setzen!“ Die Kundgebungsteilnehmer hatten es dann auch satt, und sie setzten sich sich zur Wehr — gegen Wehrlose, die nichts taten. Sie schlugen Mädchen zusammen, weil sie lange Haare hatten; sie schlugen junge Männer zusammen, die keinen Einheitshaarschnitt hatten; sie schlugen Brillenträger zusammen und junge Männer mit Cordhosen. Sie schlugen einen Pfarrer und einen Journalisten zusammen, die beide nur Streit schlichten wollten. Sie hetzten Einzelne als Freiwild durch ganze Straßenzüge. Sie verprügelten auch den rechtsstehenden Anwalt Prelinger (CDU), den sie für den Anwalt der außerparlamentarischen Opposition, Mahler, hielten: „Das ist der Mahler, schlägt ihn tot!“ Eine Meute von ungefähr 1000 Demonstranten jagte mit fortwährenden Schlagt-ihn-tot-Rufen einen Mann, den sie für Rudi Dutschke hielten, er wurde krankhausreif geschlagen und konnte nur mit knapper Not von der Polizei gerettet werden. Erst als sie die Verwechslung bemerkten, ließen sie endgültig von der Verfolgung ab, nachdem sie ihn zuvor noch aus dem Polizeiwagen holen wollten.

Wäre Dutschke wirklich auf der Demonstration gewesen — die Kundgebungsteilnehmer („für Frieden und Freiheit“), gerufen von den Herrschenden West-Berlins, hätten das Geschäft Bachmanns besorgt; Bachmann wäre zu spät gekommen.

Jetzt aber distanzieren sie sich, sie haben nichts damit zu tun, sie haben nicht gehetzt, sie sind unbetieilt, sie haben reine Hände.

Politik und Gewalt

Heuchlerisch jede Anwendung von Gewalt zu verurteilen, sollte man jenen überlassen, die einem Rüstungshaushalt von 18 Milliarden zustimmen, atomare Trägerwaffen fordern und Aufruhr schreien, wenn in einem Zeitungskonzern, der das Wort als Terrorwaffe benutzt, ein paar Scheiben zertrümmert werden.

Als Gewerkschafter kann ich die Gewalt von Streikenden nicht mit der Gewaltanwendung von Streikbrechern gleichsetzen. Während erstere in der Geschichte dem Fortschritt der Freiheit und der Demokratie eine Gasse gebahnt haben — man denke nur an die Massenstreiks zur Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts — haben letztere, die Streikbrecher, als die bissigen Wachhunde von Besitz und Privilegien der Herrschenden fungiert, von denen sie „Arbeitswillige“ genannt werden.

Bei Streikbewegungen fordern die Unternehmer sofort den „Schutz“ des Staates für arbeitswillige Streikbrecher.

Nur wenn es gelingt, die Massen in Bewegung zu setzen, kann man auch in der Geschichte die notwendigen gesellschaftlichen Transformationen mit einem Minimum an Gewalt durchführen.

Jakob Moneta, IG-Metall